

«Nur eine gemeinsame Position gibt uns eine Chance im politischen Prozess»

Interview mit Bruno Erni, Präsident des Fachverbands Sucht und Geschäftsführer der Berner Gesundheit über die Entwicklung einer kohärenten Suchtpolitik



Abhängigkeiten: Nach dem Scheitern der Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) steht die Schweiz vor einer Kreuzung in der Suchtpolitik. Was würde es brauchen, um zu einer einheitlichen, umfassenden und systematischen Suchtpolitik zu kommen?

Bruno Erni: Ich würde nicht so dramatisch von einem Scheideweg sprechen. Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes ist 2004 am erstarkten Widerstand gegen die Hanf-Liberalisierung gescheitert. Die gesetzliche Verankerung der erfolgreichen Vier-Säulen-Politik wird in der Debatte überhaupt nicht in Frage gestellt. Entsprechend wurde im Nachgang eine Entkopplungsstrategie definiert, welche in einem ersten Schritt die unbestrittenen Elemente der gescheiterten Revision verankern und in einem zweiten Schritt die Cannabis-Problematik anpacken will. Die Teilrevision des BetmG, welche zunächst einmal die Verankerung der bewährten Vier-Säulen-Politik will, sollte auf jeden Fall noch in dieser Legislatur über die Bühne gehen. Damit hätten die Fachleute immerhin eine vernünftige gesetzlich gesicherte Basis, um ihre Arbeit fortzusetzen und weiter zu optimieren.

Aber es stellt sich schon die Frage, ob sich die gesellschaftliche Grosswetterlage bezüglich der Einstellung zu Suchtmitteln nicht verändert hat? Ich nehme widersprüchliche Signale wahr: Einerseits hat die strengere Reglementierung von Nikotin – vor allem im Bereich Passivrauchschutz – in den letzten Jahren immer mehr Zustimmung gefunden, während wir die gleiche Sensibilität bei Alkohol vermissen. Es scheint ein wachsendes Bedürfnis nach klaren Normen und Vorgaben zu geben, obwohl sich die Menschen andererseits zunehmend an der staatlichen «Bevormundung» stören. Die Erkenntnis, dass man nicht mit dem Finger auf den «bösen» Junkie zeigen kann, während man selber exzessivem Konsum legaler Suchtmittel frönt, verbreitet sich zusehends. Insgesamt meine ich, die Zeichen der Zeit stehen nicht so schlecht, Ansätze einer kohärenten Suchtpolitik zu realisieren.

Abhängigkeiten: Die «kohärente Suchtpolitik» ist ein Schlagwort. Was heisst das für den Fachverband Sucht?

Bruno Erni: Man sollte jetzt nicht allzu akademische Diskussionen darüber führen, ob «kohärent» oder «integral» oder was auch immer der richtige Terminus ist, um das zu beschreiben, was wir wollen: Nämlich eine schlüssige Suchtpolitik, die den Menschen ein vernünftiges Leitmotiv an die Hand gibt, wie sie mit Suchtmitteln umgehen können. Kohärenz bedeutet in erster Linie einmal Verzicht auf Ideologie: Es geht nicht um Schwarz-Weiss-Schablonen und eine Einteilung in Gut und Böse, sondern um eine staatliche Regulierung effektiver Gefährdung. Der Staat hat dazu nicht nur eine Legitimation, weil er gemäss Verfassung die Gesundheit schützen muss. Er hat meines Erachtens auch einen Auftrag, die Mündigkeit der Menschen zu fördern. Die ist bei Suchterkrankungen erschwert. Eine vernünftige Suchtpolitik baut auf einer Haltung zwischen Bevormundung und Laisser-faire auf.

Abhängigkeiten: Der Begriff «Kohärenz» provoziert zuweilen Widerstand, weil die Fachleute fürchten, die Charakteristika spezifischer Substanzabhängigkeiten würden verwischt.

Bruno Erni: Das Problem ist tatsächlich, dass «Kohärenz» missverstanden wird als Vorgabe, beim Umgang mit allen Substanzen dieselben Lösungen zu gebrauchen. Das ist natürlich Unsinn. Es braucht in jedem Fall differenzierte Lösungen. Das Leitmotiv aber kann sehr wohl für alle Substanzen – und natürlich auch für alle nichtsubstanzgebundenen Süchte – dasselbe sein: Der Staat muss mit Augenmass Gefährdungen regeln und nicht moralische Lawand-Order-Maximen ausgeben. Auch wir Fachleute müssen das Augenmass bewahren: Mit derselben Deutlichkeit, mit der ich mich gegen die Kriminalisierung des Drogenkonsums einsetze, würde ich mich auch gegen ein Verbot von Nikotin wehren. Ziel ist die Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Suchtmitteln innerhalb bestimmter Grenzen – und nicht die staatliche Entmündigung. Dieser Grat ist zuweilen schmal.

Abhängigkeiten: Es gibt einige aktuelle Impulse im Bereich der Suchtpolitik. Welchen Stellenwert nimmt Ihrer Meinung dabei das Modell Psychoaktiv der eidgenössischen Drogenkommission ein?

Bruno Erni: Das Würfelmodell der EKDF ist ein sehr nützliches Instrument, um den Horizont zu öffnen und einen Blick für differenzierte Problemlasten zu entwickeln. Mit ihm kann man auch Nichtfachleuten ganz einfach erklären, warum der Wochenendkiffer kein grösseres Suchtproblem als der chronische Alkoholiker hat. Man darf die Möglichkeiten des Modells aber auch nicht überschätzen. Das Modell ist an sich eine wertfreie Auflistung aller Bereiche, an die wir denken müssen resp. bei denen wir die Frage stellen müssen, wie sie ausgestaltet sein sollen. Damit haben wir nicht mehr und nicht weniger als ein Raster für unsere fachliche Diskussion. Das Modell macht aber nur in Ansätzen eine politische Aussage. Die Frage ist deshalb, wie sich das Modell politisch umsetzen lässt.

Abhängigkeiten: Wie meinen Sie das?

Bruno Erni: Die bestehende Gesetzesarchitektur orientiert sich fast ausschliesslich an den Substanzen. Deshalb können wir jetzt nicht einfach ein substanzübergreifendes Gesetz anfertigen. Es braucht auch im legislativen Bereich kluge Ansätze, um die realen Gefährdungen und die Konsumintensitäten massvoll zu regulieren. Wie diese aussehen könnten, müssen wir diskutieren, um der Politik konkrete Vorschläge unterbreiten zu können resp. um Forderungen zu stellen.

Abhängigkeiten: Aber an sich wäre ein umfassendes Rahmengesetz wünschenswert?

Bruno Erni: Man darf nicht vergessen, dass die zersplitterte Gesetzesarchitektur auch positive Folgen hat. Ihr verdanken wir Fachleute, dass wir immer wieder in relativ schneller Folge unsere Position in die politischen Kanäle einspeisen können, uns hörbar machen. Seit der Fusion zum Fachverband vor drei Jahren waren wir beispielsweise neben der Revision des Betäubungsmittelgesetzes bereits auch im Radio- und Fernsehgesetz und dem Biersteuergesetz aktiv. Wenn es nur ein einziges Gesetz gäbe, hätten wir vielleicht einmal alle 20 Jahre eine umfassende Revisionsdiskussion und in der Zwischenzeit hätten alle den Eindruck, die Suchtfragen seien ja nun versorgt. Selbst wenn ein einheitliches Suchtgesetz politisch machbar wäre – was es aktuell mit Bestimmtheit nicht ist – wäre ich deshalb skeptisch.

Abhängigkeiten: Was wäre die Alternative?

Bruno Erni: Ich sehe drei Ausgangspunkte für integrale legislative Ansätze:

Einerseits müssen wir überlegen, ob Querschnittsgesetze sinnvoll sein könnten. So liesse sich beispielsweise ein «Bundesgesetz über die Erhältlichkeit von Suchtmitteln» oder ein «Bundesgesetz über die schädlichen Auswirkungen des Suchtmittelkonsums» denken, in dem für alle möglichen Substanzen ein kohärentes Konzept umgesetzt wird. Das hätte den Vorteil, dass der Gesetzgeber seine verlorene Glaubwürdigkeit zurückerlangen könnte, weil er der Öffentlichkeit klar kommunizieren würde, was geht und was nicht.

Andererseits gehören Suchtfragen vermehrt in allen betroffenen Politikbereichen reflektiert. Ich könnte mir – ähnlich wie bei Umwelt- oder Gleichstellungsfragen – die Einrichtung von Querschnittsorganen vorstellen. Diese würden bei Gesetzen in von Sucht beeinträchtigten Gebieten – z.B. im Arbeitsmarkt, der Berufsbildung oder der Integrationspolitik – die suchtrelevanten Auswirkungen reflektieren und zu beeinflussen versuchen. Diese Idee einer «Suchtverträglichkeitsprüfung» ist im Bereich der Gesundheitsförderung ja nicht neu. Drittens ist denkbar, auf Verfassungsstufe Kerngedanken der Suchtpolitik zu fixieren, um den einzelnen Gesetzen einen allgemeinen Rahmen zu geben und eine grundlegende gesellschaftliche Haltung zu formulieren. Auch könnte so die Finanzierung von Prävention und Suchthilfe im Grundsatz verankert werden. Das wäre natürlich ein sehr langfristiges politisches Projekt.

Abhängigkeiten: Aber wäre eine solche einheitliche und umfassende Suchtpolitik auch wirksam?

Bruno Erni: Ganz bestimmt. Die Frage ist vielmehr, wie sie politisch realisiert werden kann. Nach wie vor besteht eine grosse Diskrepanz zwischen fachlicher und politischer Einschätzung. Hier müssen wir viel Übersetzungsarbeit leisten, um unsere fachliche Perspektive in der Politik verständlich zu machen. Genau diese Aufgabe nehmen die Fachverbände wahr.

Abhängigkeiten: Wo sehen Sie die grössten Gefahren auf dem Weg hin zu mehr Kohärenz?

Bruno Erni: Neben der Frage der Umsetzbarkeit scheint mir die aktuelle Diskussion innerhalb der Fachlichkeit in einem heiklen Stadium zu sein. Ich stelle immer wieder fest, dass Konkurrenz, Besitzstandsdenken und Verlustängste die Entwicklung einer gemeinsamen Position erschweren. Das aber wäre Bedingung, um im politischen Prozess eine Chance zu haben. Denn die Politik wartet nicht auf uns...

Somit wird es jetzt vorab darum gehen, eine gemeinsam getragene Vision zu entwickeln, bzw. bereits favorisierte Visionen gemeinsam zu tragen. Was sind die gemeinsamen Ziele? Was wollen wir erreichen? Was sind wir bereit zu investieren? Und wie wollen wir das anpacken? Das geht nur, wenn wir gute Partnerschaften entwickeln. Sololäufe sind heute mehr denn je fehl am Platz.

Abhängigkeiten: Was sind die Ziele und Projekte des Fachverbandes, die dabei helfen können, eine solche Politik zu verwirklichen?

Bruno Erni: Der Fachverband hat definiert, dass er seine politischen Ziele im Verbund mit anderen Partnern anstreben will. Dazu gehören sicher der Westschweizer «Schwesterverband» GREAT (Groupement Romand d'Etudes sur l'Alcool et les Toxicomanies), aber auch andere nationale Akteure wie die SFA (Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenfragen), die SSAM (Swiss Society of Addiction Medicine) Infodrog, der Elternverband, die NAS (Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik) und weitere.

Unser Kerngeschäft ist die suchtpolitische Interessenvertretung. Wir engagieren uns mit GREAT an vorderster Front im Kontakt mit den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, um fachlich fundierte politische Lösungen mehrheitsfähig zu machen. Die BetmG-Teilrevision ist ein erstes Produkt dieser Bemühungen. Um Interessen vertreten zu können, müssen sie klar formuliert sein: Wir sind in diesem Prozess eine Drehscheibe. In den Fachgruppen sammeln sich die Vertreter und Vertreterinnen der Basis und formulieren Ihre Positionen, Ansprüche und Bedürfnisse an eine moderne Suchtpolitik. Über den Austausch mit Vorstand und Geschäftsstelle wächst so eine Haltung des Fachverbands, die wir dann in die Kanäle zu den Entscheidungsträgerinnen und -trägern auf bundespolitischer Ebene einspeisen. Bei dieser letzten Etappe braucht es dann viel Beharrungsvermögen und handwerkliches Know-how in Sachen Lobbying. Hier hat der Fachverband mittlerweile einige Erfahrung.

Abhängigkeiten: Was können kantonale Präventions- und Behandlungseinrichtungen dazu beitragen? Oder anders gefragt, was kann z.B. die Berner Gesundheit, deren Geschäftsführer Sie sind, zu einer kohärenten Suchtpolitik beitragen?

Bruno Erni: Sie kann einerseits die Erkenntnisse aus der täglichen Arbeit in den Fachverband und in die politische Auseinandersetzung einspeisen und andererseits die politischen Vertreter und Vertreterinnen in den Kantonen vor Ort über die Notwendigkeit einer modernen Suchtpolitik informieren.

Abhängigkeiten: Vielen Dank für dieses Interview!

Korrespondenzadresse:

Bruno Erni, Geschäftsführer, Berner Gesundheit, Eigerstrasse 80, 3007 Bern
E-Mail: bruno.erni@beges.ch